

### III. SCHWERPUNKTE 2002

#### 1. „RIO + 10“

*Heike Leitschuh-Fecht/Petra Stephan*

„Rio + 10“. Der Count-down läuft!

Der Vorbereitungsprozess für den „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“ (kurz: „Rio + 10“) läuft auf Hochtouren. Zehn Jahre nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro wird im Herbst 2002 in Johannesburg Bilanz gezogen. Im Rückblick war UNCED 1992 sicherlich eines der wichtigsten internationalen Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts: Staats- und Regierungschefs aus 176 Nationen einigten sich in Rio auf ein gemeinsames Leitbild – das der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*). Dieses Leitbild versprach Lösungen für die brennenden ökologischen und sozialen Probleme in ‚Nord‘ und ‚Süd‘. Die Richtung, die für eine nachhaltige Entwicklung eingeschlagen werden sollte, gab die AGENDA 21, das globale Aktionsprogramm, vor. Die Ausstrahlungskraft der Konferenz und ihrer Beschlüsse ist bis heute politisch wie gesellschaftlich spürbar – wenn gleich sich derzeit das Primat des Wirtschaftswachstums gegenüber der Idee der nachhaltigen Entwicklung zunehmend durchzusetzen scheint. Wo also stehen wir im Jahr 10 nach ‚Rio‘?

*Der hehre Geist von ‚Rio‘ ...*

Die Länder des Nordens waren in ‚Rio‘ auf eine Kooperation des Südens angewiesen, sollte den globalen ökologischen Herausforderungen wie dem Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt Einhalt geboten werden. Endlich setzte sich die Erkenntnis durch, dass die globalen Umweltprobleme, die letztlich alle Nationen dieses

Planeten bedrohen, nur gemeinsam, also kooperativ lösbar sind. Üblicherweise treten die Länder des Südens auf dem internationalen politischen Parkett als Bittsteller auf. In ‚Rio‘ hatten sie im Verhandlungsspoket etwas entgegenzusetzen – und entsprechend fielen die Verhandlungsergebnisse aus: Dem Süden wurden Wachstumsspielräume zugebilligt und der Norden stimmte – zumindest nominell – einem Transfer von Technologien und von zusätzlichen Finanzmitteln zu. Gleichzeitig bekannte sich der Norden erstmalig zu seiner Verantwortung als Hauptverursacher der weltweiten Umweltdegradation. Auch andere Umweltverträge belegen, dass die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer seit der UNCED zumindest im Umweltbereich gewachsen ist (Biermann 1998).

Die in ‚Rio‘ unterzeichneten Verträge – neben der AGENDA 21 die Biodiversitätskonvention und die Klimarahmenkonvention – sind auch heute noch die zentralen Eckpunkte der internationalen Umweltpolitik. Dank regelmäßig stattfindender internationaler Konferenzen zu den beiden Konventionen wie auch zum Aktionsprogramm hat sich ein institutionalisierter Nachfolgeprozess herausgebildet. Im Laufe dieses ‚Rio‘-Follow-ups wurden neue internationale Umweltverträge, beispielsweise die Wüstenkonvention, erarbeitet und unterzeichnet. Bestehende Vereinbarungen wurden durch Protokolle wie das Cartagena-Protokoll der Biodiversitätskonvention und das Kyoto-Protokoll der Klimarahmenkonvention ergänzt. Institutionell gesehen war die Gründung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) das wichtigste Ergebnis der Konferenz von 1992. Aufgabe der im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) angesiedelten Kommission ist es, die Umsetzung der AGENDA 21 zu überwachen und voranzutreiben. Die AGENDA 21 nimmt nicht nur Politiker in die Pflicht, sondern fordert auch die Zivilgesellschaft auf, ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten.

Neben Aktionen großen Maßstabs auf der internationalen Ebene waren auch kleine Schritte auf der lokalen Ebene gefragt. Der „Geist von Rio“ hat weltweit Menschen motiviert und mobilisiert: Überall krepelten PolitikerInnen, Umweltschützer und Entwicklungsexperten, Unternehmer und GewerkschaftlerInnen, Repräsentanten von Kirchen und Menschenrechtler, aber auch einfache Bürgerinnen und Bürger die Ärmel hoch und begannen, Nachhaltigkeit für sich greifbar zu machen, sich konkrete Ziele zu setzen und diese umzusetzen. Seit dem Erdgipfel ist es auch salonfähig geworden, dass sich

Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei internationalen, nationalen und lokalen politischen Prozessen zur Umsetzung der AGENDA 21 intensiv mitwirken. NRO-Vertreter nehmen an UN-Konferenzen teil und bekommen damit Einflussmöglichkeiten auf Vertragstexte und Empfehlungen. „Think global – act local“ wurde zum Motto der vielfältigen Lokalen-Agenda-21-Prozesse in Nord und Süd. Diese Prozesse tragen der Erkenntnis Rechnung, dass Nachhaltigkeit im globalen Maßstab nur realisierbar ist, wenn dies auch „vor Ort“, also innerhalb der Gemeinden, praktiziert wird.

### *... und die bittere Realität*

Bereits die erste Zwischenbilanz zum Umsetzungsstand der Vereinbarungen von Rio auf der Sondersitzung der Vereinten Nationen 1997 in New York fiel mehr als ernüchternd aus; die Konferenz schloss ohne politische Erklärung, die Verhandlungen waren festgefahren. Zumindest darin waren sich Regierungsvertreter in Nord und Süd wie auch Vertreter der NRO einig: Die Umweltzerstörung setzt sich fünf Jahre nach dem Erdgipfel ungebrochen fort; auch die soziale Bilanz gab weltweit keinen Anlass zur Freude. Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, steigt weiter, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, sowohl zwischen den Ländern als auch in den Ländern. Hinzu kommt, dass fundamentalistische Strömungen demokratische Errungenschaften bedrohen; regionale militärische Konflikte – oft nationalistisch und religiös motiviert – nehmen zu. Und auch die teilweise skrupellose Art, wie sich die moderne kapitalistische Ökonomie auf dem Globus breit macht, gibt wenig Anlass zur Entwarnung. Nimmt man diese Parameter als alleinige Gradmesser für den Erfolg der Vereinbarungen von ‚Rio‘, so fällt die Bewertung knapp zehn Jahre später recht düster aus.

Heute, zehn Jahre danach, lässt sich die Aufbruchstimmung von 1992 kaum noch heraufbeschwören. Die Leitidee der Nachhaltigkeit ist zwar noch immer ein Schlüsselwort, das sich in politischen Strategiepapieren, in Positionspapieren von NRO bis hin zu Wirtschaftsberichten internationaler Konzerne finden lässt. Da jedoch noch immer klar umrissene und allgemein akzeptierte Maßstäbe dafür fehlen, was nun nachhaltige Entwicklung eigentlich beinhaltet und was sie ausschließt, ist es nicht verwunderlich, dass sich dieser Begriff für die unterschiedlichsten Zwecke instrumentalisieren lässt.

### **Weltweit keine Trendwende in Sicht**

Das Worldwatch Institute in Washington macht zu Beginn des 21. Jahrhunderts Besorgnis erregende Trends aus:

- Die globale Temperatur steigt.
- Der Grundwasserspiegel sinkt.
- Das Ackerland pro Kopf der Weltbevölkerung nimmt ab.
- Die Meere sind überfischt.
- Die Waldbestände nehmen ab.
- Die Artenvielfalt sinkt.
- Die Weltbevölkerung wächst (wenn auch langsamer) weiter.
- Die Arbeitslosigkeit steigt.
- Die Kluft zwischen Arm und Reich (zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und innerhalb der Länder) wird größer.
- Es gibt immer mehr regionale militärische Konflikte.
- Die ökonomische Macht ist zunehmend konzentriert.
- Der Einfluss der globalen Finanzmärkte wird immer größer.

### *Vorsicht vor faulen Kompromissen*

Das zur Erklärung von Nachhaltigkeit – auch von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen – gerne genutzte „Nachhaltigkeitsdreieck“ unterstützt diese Instrumentalisierung: Der Anspruch, soziale, ökologische und ökonomische Interessen auszubalancieren, führt mitunter zu Kompromissen, die sich als wenig tragfähig herausstellen. Denn: Nicht immer können alle drei Ziele gleichberechtigt behandelt werden.

Die Belastungsgrenzen der Ökosysteme sind nicht beliebig verschiebbar; vielmehr geben sie die Leitplanken für ökologische und soziale Ziele vor. Und ökonomische Ziele sollten sich aus sozialen Bedürfnissen ableiten. Nachhaltigkeit verlangt nach globaler (Verteilungs-)Gerechtigkeit, nach internationaler Solidarität, nach neuen Konsum- und Lebensstilen, nach neuen Produktionsmustern, nach einer Abkehr vom Wachstumsdogma und einer Veränderung gesellschaftlicher und individueller Wertesysteme. Das aber wollen durchaus nicht alle, denn es gibt Gewinner und Verlierer in diesem Prozess.

Hatten das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung und die Umsetzung des Aktionsprogrammes in den ersten Jahren nach ‚Rio‘ noch eine relativ große Rolle gespielt, so dominieren heute „Globalisierung“, „shareholder-value“ und „Profitmaximierung“ die politische Diskussion. Die Entwicklungsländer sehen sich oft als Verlierer der Globalisierung und sind von den Industrieländern bitter enttäuscht, weil diese ihren finanziellen Zusagen nicht oder nur unzureichend nachkommen.

### *Schwächen des internationalen Prozesses*

Wenn die Debatte um Nachhaltigkeit an Ausstrahlungskraft verloren hat, so liegt das aber nicht nur am Globalisierungsdruck, sondern hat auch hausgemachte Gründe:

- Nachhaltige Entwicklung, von der Idee her ein ganzheitlicher Ansatz, wurde in eine Vielzahl sektoraler Einzelprozesse von Konventionen und UN-Konferenzen aufgespalten, die weder „normale“ Bürgerinnen und Bürger noch Fachleute in einen größeren Zusammenhang bringen, geschweige denn in ihrer Komplexität inhaltlich nachvollziehen können.
- Die soziale Dimension wurde weitestgehend aus dem Nachhaltigkeitsprozess ausgeklammert. Damit wurde dem Eindruck Vorschub geleistet, dass es eigentlich ‚nur‘ um Umweltschutz gehe. Bis heute ist es nicht gelungen, die soziale und entwicklungspolitische Bedeutung der Nachhaltigkeit umfassend zu vermitteln.
- Die Vision einer globalen Partnerschaft für einen völlig neuen politischen Entwicklungsweg der Weltpolitik ist verblasst. Die Akteure kämpfen in ihren jeweiligen Sektoren meist äußerst fachkundig, doch oft ohne Bezug zu einem übergeordneten Ziel.

Die handfesten Resultate des ‚Rio‘-Follow-up-Prozesses fallen also weit hinter die 1992 geweckten Hoffnungen zurück. Trotz der vielen Schwächen, Rückschläge und noch offenen Fragestellungen ist der „Rio-Prozess“ jedoch keineswegs gescheitert. „Nachhaltige Entwicklung“ ist weiterhin ein Leitbild, das weltweit diskutiert wird. Zahlreiche Aktivitäten rund um den Globus versuchen Nachhaltigkeit umzusetzen. Oft gehen derartige Prozesse nicht von den Politikern aus, sondern vielmehr von Mitgliedern der Zivilgesellschaft. Im Folgenden wollen wir genauer analysieren, welche Herausforderungen sich stellen, wenn man die Ebenen der einzelnen Akteure betrachtet.

## *Zehn Jahre danach – eine Bilanz mit Blick auf die Akteure*

### *Die politische Ebene – Querschnittsthema Nachhaltigkeit*

Von der internationalen bis hin zur lokalen Ebene gibt es nur in den wenigsten Fällen politische Kohärenz in Sachen Nachhaltigkeit. So z.B. haben die CSD-Delegierten, die auf ihren Konferenzen einen nachhaltigen Entwicklungsweg in ‚Nord‘ und ‚Süd‘ diskutieren und entsprechende Beschlüsse fassen, auf die Verhandlungen der Welt handelsorganisation (WTO) keinen Einfluss. Dort werden jedoch die eigentlichen Weichen für oder gegen einen nachhaltigen Entwicklungsweg gestellt. Ziel des Freihandelsabkommens ist es, bestehende Hemmnisse für den internationalen Handel abzubauen – als solche werden dabei auch umweltpolitische und soziale Standards eingestuft. Diese Standards bilden jedoch wichtige Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung.

Diese mangelnde Abstimmung wie auch das Primat des Wirtschaftswachstums, hinter dem machtvolle Interessengruppen stehen, bestimmen nicht nur die internationale Politik. Schaut man sich die Regierungsdelegationen auf den CSD-Konferenzen an, so fällt auf, dass sie fast ausschließlich aus den Umweltministerien der jeweiligen Länder besetzt sind. Die Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und Verkehr fehlen in den meisten Delegationen – vor allem der Industrieländer. Doch gerade diese Ressorts geben die Richtung der weiteren Entwicklung vor. In vielen Staaten fehlt nach wie vor der politische Wille, nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema, das ressortübergreifendes, interdisziplinäres Handeln erfordert, zu behandeln. Die Entscheidungen eines Ressorts werden oft durch ein anderes konterkariert. Bestes Beispiel ist die Verkehrspolitik.

Außer den direkt Beteiligten nehmen andere betroffene Ministerien und die Parlamente kaum Kenntnis von den CSD-Beschlüssen. Entsprechend nachrangig wird die praktische Umsetzung der Beschlüsse in nationale Politik behandelt. Da die AGENDA 21 ein Handlungsprogramm und keine völkerrechtlich verbindliche Konvention ist, sind die Regierungen nicht an die verabschiedeten Beschlüsse der CSD gebunden. Die CSD entwickelt sich daher zunehmend zum ‚Papiertiger‘, auf deren Konferenzen zwar jede Menge Beschlüsse gefasst und Papier bedruckt wird, jedoch ohne nennenswerte Konsequenzen in den Mitgliedsländern.

### *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie – ein Muss!*

Bereits in ‚Rio‘ wurden die Staaten aufgefordert, langfristig ausgerichtete „Nationale Nachhaltigkeitsstrategien“ zu entwickeln. Hierdurch sollte gewährleistet werden, dass das Leitbild Nachhaltigkeit Einzug in den Alltag sämtlicher Politikbereiche hält. Bis Anfang 2001 hatten weltweit aber erst rund 60 Staaten nationale Nachhaltigkeitsstrategien – unterschiedlichster Qualität – vorgelegt. Viele dieser Strategien lassen offen, wie die Nachhaltigkeitsziele in alle Ressorts integriert werden sollen.

In Deutschland empfahl die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“, einen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ zu schaffen, der dafür sorgen sollte, dass Nachhaltigkeit zu einem übergeordneten Politikziel wird. Gleichzeitig forderte die Kommission eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein. Nach den Bundestagswahlen 1998 verständigte sich die neue Koalition darauf, eine derartige Strategie zu erarbeiten, und schrieb dies im Koalitionsvertrag fest.

Erst im Sommer 2000 fasste das Bundeskabinett den Beschluss, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten sowie einen „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ einzurichten. Im Februar 2001 wurde dieses Gremium gegründet, in dem 17 Einzelpersonlichkeiten vertreten sind, die zwar die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen repräsentieren, aber explizit nicht im Auftrag ihrer jeweiligen Organisationen handeln sollen. Dieser im Vergleich zum früheren „Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung“ politisch deutlich höher angesiedelte „Rat“ soll

- Beiträge für eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung ausarbeiten,
- konkrete Projekte zur Umsetzung vorschlagen sowie
- den gesellschaftlichen Dialog zur Nachhaltigkeit voranbringen.

Bis zum Weltgipfel 2002 in Johannesburg („Rio + 10“) soll der Nachhaltigkeitsrat ein erstes Ergebnis vorlegen.

Die damit verbundene innenpolitische Aufwertung umwelt- und entwicklungspolitischer Fragestellungen könnte nicht nur lokale Prozesse unterstützen, sondern auch auf internationaler Ebene Wirkung zeigen. Inhaltlich soll sich der Nachhaltigkeitsrat auf die Themen Klima, Mobilität sowie Landwirtschaft konzentrieren.

### *Think global – act local: Der Beitrag der Kommunen*

Die AGENDA 21 hebt in Kapitel 28 die besondere Rolle der Kommunen bei der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung hervor. Es ist die lokale Ebene, die der Bevölkerung am nächsten liegt und wo die Menschen am ehesten Einfluss nehmen können. Bis 1996 sollten weltweit alle Gemeinden unter Beteiligung aller relevanten Akteure „Lokale-Agenda-21“-Prozesse in Gang setzen und somit einen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme leisten. Bis zum Jahr 2000 waren erst rund 5 000 Gemeinden, darunter 3 400 in Europa, dieser Aufforderung nachgekommen. Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass LA-21-Initiativen nicht selten konventionelle kommunale Umweltpolitik unter anderem Namen fortsetzen. Soziale Fragestellungen werden oft ebenso vernachlässigt wie die Nord-Süd-Dimension der Nachhaltigkeit. Dennoch gibt es – in Deutschland wie auch in anderen Regionen der Welt – hoffnungsvolle Prozesse auf kommunaler Ebene: In „Runden Tischen“ werden alle relevanten lokalen Akteure an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt (z.B. in München), Bürger entscheiden über den kommunalen Haushalt mit (so in Porto Alegre/Brasilien), Nord-Süd-Partnerschaften wurden aufgebaut (z.B. zwischen Bremen und Winhoek) und in vielen Gemeinden gestalten Frauen umfassende Agenda-Prozesse maßgeblich mit (so in Duisburg und Hagen). Diese Beispiele belegen, dass der Lokale-Agenda-21-Prozess ein spannendes und innovatives „Instrument“ sein kann, um Nachhaltigkeit in konkrete Praxis zu übersetzen, die Akteure in ihre Verantwortung zu bringen und die Kreativität und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger nutzbringend in die Kommunalpolitik einzubinden.

In vielen der LA-21-aktiven Gemeinden zeigten sich jedoch neben den Erfolgen lokaler Nachhaltigkeitsstrategien rasch auch deren Grenzen. Zahlreiche nicht-nachhaltige Regelungen der Länder oder des Bundes, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen, behindern lokale Aktivitäten oder stehen ihnen entgegen. In dieser Situation fordern immer mehr Lokalpolitiker zu Recht einen umfassenden, ressortübergreifenden nationalen Rahmen für die Nachhaltigkeit ein.

### *Wirtschaft – Unternehmen der Nachhaltigkeit?*

Angesichts der relativen Schwäche der Nationalstaaten geraten Wirtschaftsunternehmen (wie aber auch NRO) plötzlich ins Zentrum des Interesses bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts. In der Tat



trägt die Privatwirtschaft eine besondere Verantwortung: Einerseits stellt sie einen wichtigen Teil des Problems dar, andererseits kann sie aufgrund ihres Know-hows und ihrer finanziellen Ressourcen maßgeblich zu Problemlösungen beitragen.

Viele Unternehmen haben inzwischen nachhaltige Entwicklung auf ihre Fahnen geschrieben, jedoch lohnt es sich schon, genauer hinzuschauen: Denn manchmal ist das, was da als Nachhaltigkeit ‚verkauft‘ wird, nicht mehr als Umweltmanagement im traditionellen Sinne. Weiter gehende Fragen nach der sozialen und ökologischen Verantwortung des Unternehmens gegenüber der Zukunft und der Dritten Welt werden oft nicht gestellt. Und doch gibt es immer mehr Unternehmen, die sich der komplexen Herausforderung stellen und z.B. wie Unilever (Initiative gegen die Überfischung der Meere) oder BP Amoco und Shell (Hinwendung zu erneuerbaren Energien) versuchen, ihre Firmenpolitik neu auszurichten – bei aller verbleibenden Widersprüchlichkeit.

Ob sich Nachhaltigkeitsstrategien in der Wirtschaft im großen Stil durchsetzen, hängt angesichts der global machtvollen Position der Finanzwirtschaft auch stark davon ab, ob sich Banken und Investoren künftig bei ihren Kredit- und Investitionsentscheidungen von sozialen und ökologischen Überlegungen leiten lassen. Die Finanzwelt wollte lange Zeit vom ‚Rio‘-Prozess nichts wissen. Inzwischen beginnt auch sie umzudenken: Immerhin 174 Unternehmen der Branche hatten sich bis Anfang 2001 der „Finance Initiative“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) angeschlossen.

Sichtbarer Ausdruck davon, dass Nachhaltigkeit zunehmend Thema für die Wirtschaft wird, ist z.B. der Dow Jones Sustainability Index, den die Züricher Vermögensverwaltungsgesellschaft Sustainable Asset Management (SAM) zusammen mit der Dow Jones GmbH Ende 1999 ins Leben rief. Laut SAM wächst der Aktienwert von „sustainable companies“, nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen, schneller als der anderer. Wenn sich auch über die Kriterien solcher Nachhaltigkeits-Ratings streiten lässt, so markiert diese Entwicklung doch einen Durchbruch: Sie könnte dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit aus der Nische in den Mainstream gelangt.

Es sind zwar oft die „global players“, die international agierenden Unternehmen, die die Schlagzeilen beherrschen und in ihrer Branche die Diskussion um Nachhaltigkeit anführen. Doch die derzeit interessantesten Promotoren von Nachhaltigkeit sind eher bei den kleinen

und mittleren Unternehmen (KMU) zu suchen, bei Unternehmen, die stark auf lokale und regionale Märkte bauen. Nicht selten finden sich bei den inhabergeführten KMU noch visionäre, sozial verantwortliche Querdenker, die mit ihren Innovationen Vorreiter für andere sind.

Dagegen benutzen viele Wirtschaftslobbyisten der Unternehmensverbände das Thema Nachhaltigkeit als K.o.-Kriterium und interpretieren das Leitbild in ihrem Sinne um: Erst müsse die Wirtschaft boomen, bevor man sich auf umfassendere Ziele einlassen könne. Dass sich soziale, ökologische und ökonomische Zukunftssicherung gegenseitig bedingen, wird dabei schnell vom Tisch gewischt. So wird oft mehr über die Wirtschaftsverträglichkeit der Nachhaltigkeit geredet als über die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsweise selbst.

#### *Gewerkschaften – das soziale Gewissen der Nachhaltigkeit?*

Für die Gewerkschaften stehen die Arbeitsplätze sowie der Lebensstandard und die Rechte der Beschäftigten im Vordergrund des Interesses. Doch viele unter ihnen wollen Arbeitsplätze (wieder) um fast jeden Preis. Dies belegen z.B. die Auseinandersetzungen um den Ausbau von Flughäfen in Deutschland.

Angesichts der massiven Umwälzungsprozesse in den Unternehmen ist das sicher eine verständliche Reaktion – bloß: Arbeitsplätze und Lebensstandard, das ist die eine Seite, doch das Leitbild Nachhaltigkeit gebietet es, diese sozialen Auseinandersetzungen mit der Frage nach ökologisch akzeptablen Arbeitsplätzen und einem eben solchen Lebensstil zu verknüpfen. Wenn z.B. Beschäftigte eines Atomkraftwerkes, das stillgelegt werden soll, für ihre Arbeitsplätze auf die Straße gehen, so ist klar, dass eine soziale Lösung hier nicht Weiterbetrieb heißen kann.

#### *Zivilgesellschaft – NRO als neue Hoffnungsträger?*

Den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie Frauen, Kindern/Jugendlichen, Indigenen Völkern, NRO, Kommunen, Gewerkschaften, Privatwirtschaft und Wissenschaft sind die Kapitel 23 bis 32 der AGENDA 21 gewidmet. Internationale NRO wie *Greenpeace* und der *World Wide Fund for Nature* setzen inzwischen auf mehrere Pferde gleichzeitig, um ihre Ziele zu erreichen: Neben eigenen Nachhaltigkeitsprojekten und öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen findet man sie immer häufiger an Konferenztischen. Selbst „strategische Al-

lianzen“ mit den Chefetagen der Automobilkonzerne und der Erdölindustrie sind für sie keine Tabuthemen mehr. In etlichen Fällen hat sich gezeigt, dass NRO und Wirtschaftsunternehmen in der Lage sind, gemeinsame Strategien zu entwickeln, die in beiden Lagern anerkannt werden. Die Zertifizierung von nachhaltiger Holzwirtschaft (*Forest Stewardship Council* – FSC) sowie die Zertifizierung nachhaltiger Fischerei (*Marine Stewardship Council* – MSC) sind Beispiele hierfür.

Immer sicherer bewegen sich viele der größeren NRO auf dem internationalen Parkett. Über die Jahre sind sie äußerst fachkundige Konferenzstrategen geworden. Zahlreiche Regierungen (Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Kanada, die USA, die Philippinen, Deutschland u.a.) sind dazu übergegangen, NRO-Vertreter in die offiziellen Delegationen z.B. für die Konferenzen der CSD aufzunehmen. Diese Annäherung vieler NRO an die Regierungspolitik ist jedoch umstritten und droht die NRO in zwei Lager zu spalten: in das Lager der auf dem Parkett der internationalen Institutionen professionell agierenden und in das der „grass root“-NRO, die sich von den Delegationen wie auch dem gesamten UN-System distanzieren.

Bei vielen NRO besteht zudem die Gefahr, die großen Zusammenhänge und die Kerngedanken der Nachhaltigkeit aus dem Auge zu verlieren. Ihr Handeln wird zunehmend durch die Logik der Regierungsverhandlungen bestimmt; sie hecheln von Konferenz zu Konferenz, werden zu Experten für Detailfragen wie *joint implementation* und „CO<sub>2</sub>-Senken“, aber themenübergreifende politische Strategieebenen sind passé. Viele NRO-Vertreter fordern daher eine Rückbesinnung auf die *core values* wie Gleichheit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Demokratie und Freiheit, nicht zuletzt um die allgemeine Öffentlichkeit wieder für den ‚Rio‘-Prozess zu aktivieren.

Ähnlich wie die Regierungen haben auch die NRO mit Nord-Süd-Gegensätzen zu kämpfen. Viele NRO-Vertreter aus dem Süden kritisieren, dass ihre KollegInnen aus dem Norden das Geschehen zu stark dominieren. Häufig sind es sogar NRO-Vertreter aus dem Norden, die auf den Konferenzen „im Namen des Südens“ sprechen. Größte Hindernisse für die aktive Mitwirkung der Süd-NRO sind fehlende Kommunikationsmöglichkeiten und unzureichender Zugang zu Informationen. Für viele Süd-NRO ist es schlicht eine Frage des Geldes, ob sie sich den Internetzugang oder die Reisen zu wichtigen Konferenzen leisten können.

*Perspektive: Was kann „Rio + 10“ bringen?*

Der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ ist ein Meilenstein, doch allzu hohe Erwartungen sollten daran nicht geknüpft werden. So bedeutsam Verhandlungsprozesse auf dem internationalen Parkett sind, so können dort nur dann entscheidende Fortschritte erzielt werden, wenn die Bemühungen um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in den Ländern selbst intensiviert werden. Entscheidend für den Erfolg der „Rio + 10“-Konferenz dürften daher die Vor- und Nachbereitungsprozesse auf der nationalen Ebene sein. Hier liegt die größte Chance und die wichtigste Aufgabe: die nationalen Prozesse zu beleben und die einzelnen Akteure erneut in die Pflicht zu nehmen. Der „Rio + 10“-Gipfel und die nationalen Vorbereitungsprozesse sollten sich daher darauf konzentrieren,

- diejenigen Faktoren, die die Umsetzung des Leitbildes „nachhaltige Entwicklung“ behindern, sorgfältig zu analysieren. Die beteiligten (staatlichen wie nicht-staatlichen) Akteure müssen sich über die konkreten Inhalte des Leitbildes verständigen, über das, was Nachhaltigkeit einschließt, und das, was mit dem Leitbild unvereinbar ist. Hierzu sollten auch Indikatoren, also eindeutige Messgrößen, herangezogen bzw. fortentwickelt werden;
- die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass ihre Zukunft eng damit verbunden ist, inwieweit Nachhaltigkeit zu einem bestimmten Leitbild der Gesellschaft wird. Es gibt viele interessante Projekte, die zeigen, was Nachhaltigkeit in der Praxis sein kann. Diese sollten intensiv kommuniziert und propagiert werden. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit muss Nachhaltigkeit als erreichbare Vision, als attraktives Bild von der Zukunft entstehen;
- die weltweit existierenden (meist lokalen) Nachhaltigkeitsprojekte miteinander zu vernetzen. Damit bekommen die Einzelprojekte einen höheren Stellenwert, es ergeben sich Möglichkeiten, voneinander zu lernen, Leitprojekte finden so weltweite Aufmerksamkeit und Nachahmer;
- einen ernsthaften Dialog mit dem Süden über Nachhaltigkeit aufzunehmen. Der Norden muss sich gesprächsbereit zeigen für diejenigen Themen, die für die Länder des Südens von existenzieller Bedeutung sind: Armut und Unterentwicklung. Es müssen klare Vereinbarungen über die Finanzierung von Nachhaltigkeitsstrategien im Süden getroffen werden.

Wir beobachten gegenwärtig ein weltweites Tauziehen um die Frage, welche Wertmaßstäbe sich auf Dauer durchsetzen werden. Werden es die Maßstäbe derer sein, die den Globus am liebsten zu einer großen „Welt AG“ umfunktionieren würden, oder derer, die darum ringen, dass nicht sämtliche Lebensbereiche nur nach Profitabilität beurteilt werden? Die Vision der Nachhaltigkeit ist die einer Gesellschaft, in der es sozial wie ökologisch gerecht und solidarisch zugeht und die zudem tolerant und weltoffen bleibt. Die Menschheit steht an einem Scheideweg. Es wäre an der Zeit, dass dies auch so deutlich benannt wird – gerade in Johannesburg, im Herbst 2002.

### *Literaturhinweise*

- Aufbruch 21: Ökologie und Demokratie*, in: JAHRBUCH ÖKOLOGIE 2000, S. 180-189.
- Biermann, Frank*: Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd. Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer, Baden-Baden: Nomos 1998.
- Biermann, Frank/ Simonis, Udo E.*: Plädoyer für eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, Policy Paper No. 9, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1998.
- Brühl, Tanja/Simonis, Udo E.*: Strukturen und Trends der Weltökologie, in: Globale Trends 2000, Frankfurt a.M. 1999, S. 273-293.
- Dodds, Felix (Hg.)*: Earth Summit 2002. A New Deal, London: Earthscan 2000.
- Fues, Thomas*: Rio plus 10. Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung, Policy Paper No. 6, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1997.
- Leitschuh-Fecht, Heike*: Sinnliches für die Minister. Sieben Jahre nach ‚Rio‘ bemüht sich die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) um mehr Einfluss, in: Frankfurter Rundschau vom 18.05.1999.
- Leitschuh-Fecht, Heike*: Die Fehler sind beliebt. Vereinte Nationen im Tal nach dem Erd-Gipfel, in: Frankfurter Rundschau vom 12.05.1998.
- Maier, Jürgen*: „Rio + 10. Ein Gipfel mit offener Agenda“, in: Rundbrief 3/2000 des Forums Umwelt & Entwicklung, Bonn.
- Martens, Jens*: Abstieg vom Erdgipfel, in: Vereinte Nationen, Heft 4, 1997, S. 137-142.
- Sachs, Wolfgang*: Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Studien & Berichte Nr. 3, Berlin 2000.
- Simonis, Udo E.*: Nachhaltige Entwicklung – quo vadis?, in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 8/9, 2001, S. 20.
- Stephan, Petra*: Lokale Agenda 21 im Zeitalter der Globalisierung, in: epd-Entwicklungspolitik, 2001, Heft 1, Januar, S. 24-27.
- Stephan, Petra*: Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD): „Talkshop“ der Vereinten Nationen oder wirksame Institution zur Umsetzung der AGENDA 21?, in: Fues, Thomas/Hamm, Brigitte (Hg.): Die Weltkonferenz der 90er Jahre. Baustellen für Global Governance, Bonn 2001.